

Kreistag gegen Verbrennung

Mehrheit übt scharfe Kritik und fürchtet Einlagerung hoch belasteter Überreste im Giesener Bergwerk – Kali+Salz dementiert prompt

Von Tarek Abu Ajamieh

Kreis Hildesheim. Die Kreistags-Mehrheit aus SPD und CDU hat sich deutlich gegen die geplante Klärschlamm-Verbrennungsanlage am Hildesheimer Hafen positioniert. In einem gemeinsam mit den Unabhängigen eingebrachten Antrag fordert sie die Kreisverwaltung auf, die Suche nach alternativen Entsorgungstechniken der Verwertung von Klärschlamm und anderen biologischen Abfällen zu unterstützen und zu fördern. Dabei nimmt die Kreistags-Mehrheit vor allem das sogenannte Pyrolyse-Verfahren in den Blick, bei dem aus Klärschlamm Pflanzenkohle gewonnen wird. Es gehe auch darum, den Kommunen Möglichkeiten der CO₂-Reduzierung aufzuzeigen.

In der Diskussion warnte der Vorsitzende des Kreistags-Umweltausschusses, Falk-Olaf Hoppe (CDU), in scharfen Worten vor der geplanten Verbrennungsanlage. Unter anderem äußerte er die Befürchtung, dass Rückstände aus der Verbrennung als „hoch belasteter Müll“ im nahen Giesener Bergwerk eingelagert werden könnten: „Der Konzern Kali + Salz hat eine Tochtergesellschaft für diese Art der Entsorgung.“

K+S wies dies allerdings auf HAZ-Nachfrage prompt zurück. „Das Giesener Bergwerk kommt dafür nicht in Betracht“, betonte Sprecher Ulrich Göbel. Schließlich sei unverändert die Wiederinbetriebnahme geplant – inklusive der Verpflichtung, so viele Abbaurückstände wie möglich wieder unter Tage zu bringen. Um Verbrennungs-Abfälle überhaupt in einem Bergwerk lagern zu dürfen, müsse dort zudem ein behördlich anerkannter Stabilisierungsbedarf be-



Das Giesener Bergwerk als Lagerstätte für Verbrennungsmüll? K+S sagt nein.

FOTO: OLE SPATA/DPA

stehen – was in Giesen nicht der Fall sei.

Zudem kritisierte Hoppe, dass zahlreiche andere Kommunen ihren Klärschlamm nach Hildesheim transportieren lassen wollen, um ihn ebenfalls in der großen Anlage verbrennen zu lassen: „Da rollt eine Menge Dreck auf uns zu.“

Das gelte langfristig auch bei der vom Land vorgesehenen Abdeckung des bestehenden Giesener Kalibergerges. Dazu werde voraussichtlich Material aus weiten Teilen der Bundes-

republik eingesetzt. „Wir haben so viel Platz für Müll über unter unter Tage – aber den Titel ‚Müllhauptstadt Mitteldeutschlands‘ brauchen wir nicht“, rief Hoppe aus. Doch auch da widerspricht K+S: Die Halden würden grundsätzlich nicht mit Deponiematerial abgedeckt, sondern mit Bodenaushub und aufbereiteten Baustoffen (wie in Sehnde) oder mit einem Substrat aus dem Aluminium-Recycling wie in Wunstorf.

Mit Blick auf den Klärschlamm könne der Landkreis „einen kreativen Ansatz dagegen setzen“, der umweltfreundlicher sei und zum Vorbild für andere werden könne. Das Pyrolyse-Verfahren sei geeignet, eine nachhaltigere Verwertung von Klärschlamm in den Kommunen zu ermöglichen.

Das sah die Opposition größtenteils ganz anders. Die Pflanzenkohle sei als Düngemittel nicht zugelassen und von ihrer Beschaffenheit her auch gut dafür geeignet, warnte Nina Lipecki (Grüne) – was eine hitzige Diskussion mit SPD-Fraktionschef Klaus Bruer, der das anders sieht, auslöste. Der reklamierte aktuellere Erkenntnisse für sich, Grünen-Fraktionschef Holger Schröter-Mallohn konterte: „Nina Lipecki ist dir bei diesem Thema fachlich wirklich weit voraus!“

Bernd Fell (FDP) forderte eine weitere Diskussion in den Fachausschüssen. Die Pyrolyse sei noch nicht ausgereift genug, um sich darauf festzulegen. Eine solche Festlegung wollte freilich auch Uwe Bantelmann (Unabhängige) nicht: „Ich bin da auch skeptisch. Uns geht es darum, die Technik zu finden, bei der die wenigsten Schadstoffe ausgestoßen werden.“

KOMMENTAR

Tiefschlaf und Populismus



Von Tarek Abu Ajamieh

Hoch belasteter Müll im Bergwerk? Da rollt viel Dreck auf uns zu? Hildesheim als „Müllhauptstadt ganz Mitteldeutschlands“? Das ist Angstmacherei und Populismus. Und beides nicht angemessen. Zumal Falk-Olaf Hoppe im Namen jener Großen Koalition im Kreistag sprach, die mehr als ein Jahr gebraucht hat, um zu entdecken, dass eine große Verbrennungs-Anlage am Hafen ja auch den Landkreis betreffen könnte.

Inzwischen sind die Planungen weit vorangeschritten, und SPD und CDU wollen ihre Verspätung offenbar mit besonders markigen Worten wettmachen. Doch zum einen erfordert die Klärschlamm-Frage eine technisch-wissenschaftliche Debatte und nicht aufwieglerische Reden. Zum anderen hat der Kreis keinerlei konkreten Einfluss darauf, was am Hildesheimer Hafen passiert. Will er dort etwas ändern, ist er auf die Gesprächsbereitschaft der Stadt angewiesen – dank seines späten Eingreifens zudem auf den guten Willen vieler weiterer Städte, die bereits Verträge für die geplante Fabrik eingegangen sind.

Ihr Interesse an einer Verständigung mit dem Landkreis dürfte nach der Sitzung am Mittwoch nicht gerade gestiegen sein.

„Für mich steht gar nicht so sehr der Klärschlamm im Vordergrund, sondern das Oberthema der Vermeidung von CO₂. Auch wenn ich damit in meiner Fraktion vielleicht nicht vollständig durchgedrungen bin.“

Cornelia Ott
SPD-Kreistagsabgeordnete und promovierte Naturwissenschaftlerin